

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

20. Sitzung
am Freitag, dem 21. November 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

in Vertretung von Dr. Gabriele Kötschau

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

in Vertretung von Meinhard Füllner

Peter Jensen-Nissen (CDU)

in Vertretung von Torsten Geerds

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Thorsten Geißler (CDU)

Weitere Anwesende

| Tagesordnung: | | Seite |
|----------------------|--|--------------|
| 1. | Informationsgespräch mit dem Leiter der Hanse-OfficeHerrn Franz Froschmaier | 4 |
| 2. | 7. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (Fortsetzung der Beratung vom 1. Oktober 1997) | 5 |
| 3. | Agenda 2000 - Neuordnung der EU-Struktur- und -Agrarförderung Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/978 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1014 (überwiesen am 25. September 1997 an den Europaausschuß und den Agrarausschuß; Fortsetzung der Beratung vom 1. Oktober 1997) | 7 |
| 4. | Schleswig-Holstein-Repräsentanz in Köslin/Danzig | 12 |
| 5. | Information/Kenntnisnahme - EXPO 2000, Umdruck 14/1239 - Anfragen aus der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Europaausschusses am 23. Oktober 1997, Umdruck 14/1296 - Präsidentschaft des Councils of the Baltic Sea States, Umdruck 14/1302 - Unterrichtung Interreg II C, Umdruck 14/1306 Informationsmappe des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten "Schleswig-Holstein - Ostseeregion - Europa" | 13 |
| 6. | Verschiedenes:Terminplanung | 14 |

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:07 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationsgespräch mit dem Leiter der Hanse-Office Herrn Franz Froschmaier

Der Leiter des Hanse-Office, Herr Franz Froschmaier, beginnt seine Einführungsworte mit einer Einladung zu einem erneuten Besuch des Hanse-Office. Er geht sodann auf die Bedeutung des zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Beschäftigungsgipfels der Staats- und Regierungschefs in Luxemburg ein. Das Ergebnis sei abzuwarten.

Zur Agenda 2000 verweist Herr Franz Froschmaier darauf, daß die Schwierigkeiten einer Lösung der dort anstehenden Probleme um so größer würden, je mehr Mitglieder die Europäische Union haben werde. Schon heute falle es den 15 Mitgliedern sehr schwer, immer effizient gemeinsam zu handeln. Es stelle sich also die Frage, ob die 15 Mitgliedstaaten den Kandidaten, die der Europäischen Union beitreten wollten, eine klare Konzeption über die Erweiterung bieten könnten. Hier befürchte er zahlreiche Defizite. Die einstmals vielbeschworene Gemeinsamkeit der Anfangsjahre sei längst vorbei, wie man an vielen Beispielen, nicht zuletzt an der Benennung des Präsidenten der künftigen Europäischen Zentralbank, ersehen könne.

Ein weiteres Problem sei, in Brüssel klarzumachen, daß nicht nur der Mittelmeerraum von politischem Interesse sein könne, sondern auch die nordischen Staaten, also das Mare Balticum, einen gleichrangigen Platz in der Gemeinschaft finden müsse.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stehen Überlegungen zu den Beitrittsmodalitäten der MOEL sowie zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme insgesamt, wie sie auf dem EU-Staats- und -Regierungsgipfel zur Zeit in Luxemburg behandelt würden.

Die Frage des Abg. Saxe nach einem eigenständigen Ziel 4 "ländliche Räume" beantwortet Herr Froschmaier dahin, daß die Position der Kommission dazu sehr negativ sei, und zwar, wie er meine, aus triftigen Gründen. Wenn nicht ein ganz ungeheurer Druck ausgeübt werde, halte er die Schaffung eines solchen eigenständigen Zieles für unwahrscheinlich. Zugegebenermaßen

würde ein solches neues Ziel allerdings eine Reihe von Problemen lösen, die sich speziell in Bereich der Agrarpolitik stellten.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit einem Dank an den Leiter des Hanse-Office.

Punkt 2 der Tagesordnung:

7. Ostsee-Parlamentarierkonferenz

hierzu: Umdrucke 14/1141, 14/1256

(Fortsetzung der Beratung vom 1. Oktober 1997)

Direktor des Landtags Dr. Jürgen Schöning trägt den neueren Stand der organisatorischen Vorbereitungen zur 7. Ostsee-Parlamentarierkonferenz vor. Auf Wunsch der beiden großen Fraktionen werde diese entgegen ursprünglicher Absicht nunmehr in Lübeck stattfinden. Auch der Ältestenrat unterstütze diesen Austragungsort. Inzwischen habe die Protokollabteilung des Landtages auch schon entsprechende Verhandlungen mit der MuK aufgenommen. Die MuK sei ein prädestinierter Standort für die Durchführung der Konferenz. Nicht unerwähnt bleiben dürfe allerdings die Tatsache, daß es dabei zu einer geringen Kostensteigerung von zirka 16.000 DM kommen werde, da die MuK als privatrechtliche Einrichtung nicht zum Nulltarif zu bekommen sei. Deshalb seien im Nachtragshaushalt auch bereits weitere Mittel für die Konferenz vorgesehen. Der Ältestenrat habe darüber hinaus auf Bitte der Grünen zusätzliche Überlegungen über weitere Einsparungsmöglichkeiten angestellt und inzwischen auch Sponsoren für die Transportkosten gefunden. Die Suche nach weiteren Sponsoren werde begrüßt.

Anhand des Umdrucks 14/1256 schildert Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning im weiteren den Programmentwurf und erläutert das Zustandekommen der für die Konferenz vorgesehenen Themen. Nach seiner Einschätzung werde sich aufgrund der allgemeinen Zustimmung an den gewählten Grundthematika nichts ändern; denn es sei dabei das volle Konsensprinzip zum Tragen gekommen. Vertiefende Diskussionen dazu würden demnächst in der Sitzung des Ständigen Komitees geführt.

Im Mittelpunkt der folgenden Diskussion steht die Auflösung der Konflikte bezüglich der angedachten Themenstellung. Sowohl der Vertreter der Mehrheitsfraktion als auch der Vertreter der CDU signalisieren Zustimmung zu den von Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning vorgetragenen Überlegungen.

Abg. Matthiessen regt von den Fraktionen ausgerichtete Informationsempfänge für die abgeordneten Parlamentarier an, um, wie er sagt, in Gesprächen die Defizite bisheriger Konferenzen auszuräumen. Demgegenüber hält Abg. Ehlers eine parteiübergreifende

Zusammenarbeit für wertvoller. Entscheidend seien das Zusammentreffen und die Verständigung von Menschen.

Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning geht davon aus, daß diese Anregungen in der Sitzung des Ständigen Komitees thematisiert werden.

Zur Bitte des Abg. Matthiessen, auch das Thema Energie zu behandeln, verweist Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning darauf, daß die Beschränkung auf wenige Konferenzschwerpunkte nicht aufgegeben werden sollte. Er wisse allerdings, daß das Thema "Energie und Umwelt" immer wieder als elementarwichtiges Thema eingebracht werde. Darüber sei inzwischen auch schon mit dem letzten Präsidenten des Nordischen Rates gesprochen worden, der als Vertreter der • land-Inseln, wo voraussichtlich die 8. Konferenz stattfinden werde, versichert habe, daß dort den Umweltthemen eine sehr hohe Bedeutung beigemessen werde. Möglicherweise könnte das Thema Umwelt- und Energiefragen ein Schwerpunkt der übernächsten Konferenz werden. Die 7. Konferenz sollte nicht mit der Einbringung weiterer Themen verwässert werden.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Bitte an den Landtagsdirektor, den Ausschuß stets auf dem Laufenden über den Fortgang der Konferenzvorbereitung zu halten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Agenda 2000 - Neuordnung der EU-Struktur- und -Agrarförderung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/978

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1014

hierzu: Umdrucke 14/1094, 14/1305, 14/1353, 14/1371, 14/1374

(überwiesen am 25. September 1997 an den Europaausschuß und den Agrarausschuß;
Fortsetzung der Beratung vom 1. Oktober 1997)

M Gerd Walter führt eingangs in die Schwerpunkte der Agenda 2000 ein und zeigt dann anhand des Umdrucks 14/1374 die Stellung der einzelnen Bundesländer zur Agenda auf. Die Frage, wie man mit einer funktionierenden Europäischen Union das große Projekt Gesamteuropa tatsächlich bewältigen könne, sei in Wahrheit das Thema der Agenda 2000. Und die Tatsache, daß die Komplexe Finanzierung der Erweiterung, Änderung der Strukturfonds und der Agrarpolitik miteinander verknüpft seien, sei nicht nur als Banalität zu bezeichnen, sondern bedeute auch einen Hinweis darauf, daß die Prozeduren, wie man in den einzelnen Bereichen zu Lösungen kommen könne, auf engste miteinander verknüpft seien.

Alle dies Komplexe seien am Ende vom Verfahren her jeder für sich an einstimmige Beschlüsse gebunden. Deshalb müsse man sehr sorgfältig prüfen, wo die Prioritäten lägen und man müsse sorgfältig prüfen, in welcher zeitlichen Abfolge man diese Prioritäten zur Diskussion stellen wolle.

Er beispielsweise führe zur Zeit Gespräche mit den finanzpolitischen Vertretern der Bundesländer, da hier die Vorstellung herrsche, daß erste Priorität die Frage der Neuordnung der Finanzierung in der Europäischen Union habe. Dazu könne er nur sagen, wer dies an den Beginn der Diskussion stelle, werde nicht nur die ganze Erweiterungsfrage von den Prozeduren her erschweren, sondern er werde vermutlich auch das Finanzkapitel für die Bundesrepublik Deutschland teurer machen, denn das Finanzpaket aufschneiden zu wollen solange die Erweiterung nicht entschieden sei, und gewissermaßen demonstrativ beide Themen miteinander verbinden zu wollen, mache Deutschland bei seiner obersten Priorität der Osterweiterung ausgesprochen verletzlich, wenn nicht sozusagen erpressbar.

Er mache sich deshalb kritische Gedanken über die deutsche Position, die im Augenblick darin bestehe, verschiedene, nicht vereinbare Prioritäten in Brüssel gleichzeitig auf den Verhandlungstisch zu legen, wie dies zur Zeit noch beabsichtigt sei. Eine Erweiterung anzustreben und gleichzeitig weniger zahlen zu wollen, sei einfach nicht vereinbar. Durch solche Petita würde die Verhandlungsposition Deutschlands nur geschwächt.

Im weiteren geht M Gerd Walter auf die für Schleswig-Holstein sich ergebenden Folgen der Agenda 2000 ein und erinnert an den Zielkonflikt der Beibehaltung des Finanzrahmens von 1,270 % des Bruttoinlandsprodukt und der Erweiterung der Gemeinschaft um weitere nicht gerade besonders wohlhabende Oststaaten.

Er teilt sodann den Inhalt der Beschlüsse des Kabinetts mit und unterstreicht dabei die Sicherung der eigenständigen Förderung des ländlichen Raums. Egal, ob als eigenes Ziel 4 oder als integrierte Förderung des nach spezifischen Kriterien abgegrenzten ländlichen Raumes innerhalb eines Zieles 2, immer bedeute dies, daß für die Strukturförderung des ländlichen Raums Mittel aus der Agrarleitlinie zur Verfügung zu stellen seien. Das wiederum bedeute, daß aus dem klassischen Teil der Stützungsmaßnahmen im Bereich der Agrarpolitik weniger Geld fließen werde. Demgegenüber würden vermutlich Aktionen wie Interreg einen größeren Stellenwert erhalten, was wiederum für Schleswig-Holstein von Wichtigkeit sei.

Als nächstes stellt M Gerd Walter Überlegungen zu den Vorschlägen für bestimmte Korrekturen im Finanzierungssystem an und meldet Zweifel an, ob die von Deutschland zur Zeit vertretene Intention in Richtung auf ein neues Finanzierungssystem Erfolg haben könnte. Selbstverständlich müsse bei allen Überlegungen im Mittelpunkt die Beseitigung des Ungleichgewichts zwischen Nettozahlern und Empfängern stehen. In diesem Zusammenhang müsse darauf hingewiesen werden, daß die sogenannte Nettozahlerposition nur dann glaubwürdig in Frage gestellt werden könne, wenn man zugleich bereit sei, die Hauptursache für die heutige Nettozahlerposition in Frage zu stellen, und das sei der bisherige Verteilungseffekt in der Agrarpolitik. 50 % des Haushaltes seien Agrarhaushalt. Das bedeute, wer aus diesen Töpfen relativ wenig profitiere aufgrund seiner Struktur, werde dadurch sehr schnell zum Nettozahler, während diejenigen, die stark davon profitierten, wie beispielsweise Dänemark oder die Niederlande, in eine deutlich andere Position kämen. Das bedeute, wie gesagt, daß nicht nur die Nettozahlerseite korrigiert werden müsse, sondern auch die Empfängerposition in Frage gestellt werden müsse. All diese Fragen, so schließt M Gerd Walter seinen Vortrag, würden in den kommenden Monaten in den Debatten intensiv behandelt, doch er bitte, keine falschen Erwartungen zu wecken.

Herr Franz Froschmaier unterstreicht die Überlegungen von M Gerd Walter, daß im Grunde der Einfluß der Länder auf die Europapolitik nur sehr begrenzt sei und daß immer die zahlreichen Eigeninteressen zu bündeln seien. Vermutlich werde es dann zur Lösung der finanzpolitischen Frage kommen, wenn ab dem 01.01.1999 die Bundesrepublik die Präsidentschaft in der Europäischen Union haben werde. Dieser Termin werde von den Mitgliedstaaten auch deshalb gewünscht, weil derjenige, der die Präsidentschaft habe, sich gegen die Anforderungen der anderen Mitgliedstaaten meistens etwas weniger wehren könne.

Im weiteren macht Herr Franz Froschmaier auf die Vorgänge aufmerksam, die durch die Kürzung der Gemeinschaftsinitiativen auf Schleswig-Holstein zukommen, und nennt als Beispiel das Thema Verkehr und Umwelt als Sektoren, in denen Schleswig-Holstein seine Eigeninteressen mit denen der beitretenden Länder gut verknüpfen könne angesichts des in der Agenda 2000 eingerichteten Vorbeitrittsfonds in Höhe von 7 Milliarden Ecu zur Erleichterung der Herbeiführung der Eintrittsvoraussetzungen für die neuen Mitgliedsländer. Schleswig-Holstein sollte sich um möglichst brauchbare Vorschläge bemühen.

Zu Beginn der Diskussion macht der Vorsitzende die Beschlußfassung des Agrarausschusses bekannt und teilt den Wunsch des Vorsitzenden des Agrarausschusses mit, doch noch zu einem einheitlichen Votum zu kommen.

Die Abgeordneten de Jager und Jensen-Nissen setzen sich *expressis verbis* für die Einführung eines eigenen Zieles 4 "ländliche Räume" ein und bedauern, daß dieses Petikum im mitberatenden Agrarausschuß keine Mehrheit gefunden hat. Denn die Förderung des ländlichen Raumes dürfe auf keinen Fall mit den sozio-ökonomischen Kriterien zusammengebunden werden. Diesen Gedanken müsse die Landesregierung auf Bundesebene einbringen.

Abg. Weber fordert Klarheit über die Kategorienbildung im Rahmen der Zielgebietsfragen ein und macht sich dafür stark, der Bevölkerung ganz klar zu sagen, daß eine Osterweiterung nicht zum Nulltarif zu erreichen sei.

M Gerd Walter begrüßt die im Agrarausschuß angeregten Informationsgespräche; eine solche Begleitung der Arbeit an Europa erscheine ihm wichtiger als einmalig gefaßte Resolutionen, auch wenn diese Einstimmigkeit erzielten. Er warnt weiterhin eindringlich davor, Illusionen bei der Bevölkerung zu wecken. Er, M Gerd Walter, sei bei der Frage der künftigen Finanzierung der Europäischen Union und den Anforderungen an ein neues Finanzierungsmodell zurückhaltender als andere, was das Thema der sogenannten Entlastung des Nettozahlers Bundesrepublik angehe. Er bitte dringend, die von ihm geschilderten inneren Zusammenhänge

zu sehen, wenn man etwas gemeinsam erreichen wolle. Dabei sei auch kritisch die 16 :0-Haltung der Ministerpräsidenten in bezug auf ihr Abstimmungsverhalten zu sehen, denn das erschwere im Gegenzug die Durchsetzbarkeit von Voten.

Im zweiten Teil der Diskussion beschäftigen sich die Ausschußmitglieder mit den vorliegenden Anträgen und einer möglichen Aussage zu einem eigenständigen Ziel 4 "ländliche Räume". In dem Bemühen, eine gemeinsame Formulierung zu finden, wird die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen, um den Vorschlag von Abg. de Jager von den Abgeordneten Matthiessen und Saxe dahin prüfen zu lassen, ob der vierte Spiegelstrich des CDU-Antrages bezüglich eines eigenständigen Zieles 4 für die ländlichen Räume in den SPD-Antrag übernommen werden kann. Abg. Saxe und Abg. Matthiessen erarbeiten den Vorschlag, aus dem CDU-Antrag von Seite 2 im dritten Spiegelstrich den zweiten Satz als letzten Satz der Nummer 4 des SPD-Antrages zu übernehmen.

Diese Erweiterung des Ursprungsantrages genügt Abg. de Jager nicht, weil er die Eigenständigkeit des ländlichen Raumes mit dieser Erweiterung nicht gesichert sieht. M Gerd Walter bittet ein weiteres Mal eindringlich darum, keine Optionen zu verbauen.

Der Ausschuß folgt dem Petitum von Abg. Saxe, die von ihm vorgeschlagene Erweiterung in den Ursprungsantrag aufzunehmen. Eine Abstimmung darüber erfolgt nicht.

Beschluß: Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1014, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird dem erweiterten SPD-Antrag, Drucksache 14/978, zugestimmt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein-Repräsentanz in Köslin/Danzig

hierzu: Umdruck 14/1228

Für Abg. de Jager ist es befremdlich, daß ein Bericht über die Schleswig-Holstein-Repräsentanzen gegeben wird und gesagt werde, alles bleibe beim alten, während kurze Zeit später mit dem Umdruck 14/1228 dann über Änderungen im Danziger Büro berichtet werde. Hierzu wünsche er Auskunft. Er glaube, daß die Veränderungen in dem Büro landespolitischen Regelungsbedarf nach sich zögen. Denn wer an einer starken Vertretung im Ostseeraum interessiert sei, müsse die Lücke, wie sie in Danzig entstehen werde, irgendwie befriedigend füllen.

M Gerd Walter erwidert, daß bei Abfassung des Berichts von den in Danzig bevorstehenden Änderungen noch nichts bekannt gewesen sei. Er biete an, solche Ereignisse in Zukunft auf kurzem Wege über das Telefon zu klären. Im übrigen handele es sich nicht um eine qualitative Veränderung. Denn Herr Bosse sei seit sehr langer Zeit auf Drängen Polens nicht mehr mit der hauptamtlichen Leitung des Danziger Büros beauftragt. Herr Bosse habe vielmehr von Köslin aus gelegentlich ehrenamtlich die Veranstaltungen in Danzig mitbetreut. Das einzig Neue sei nun, daß die Finanzierung des Kösliner Projekts auslaufe beziehungsweise sich die Bedingungen dazu änderten und die Kammer angeordnet habe, den Dienstort von Herr Bosse von Köslin nach Kiel zu verlegen. Herr Bosse werde in Zukunft von Kiel aus das Danziger und Kösliner Projekt weiter betreuen. Hierin könne er, M Gerd Walter, keine qualitative Verschlechterung sehen. Schon in der Vergangenheit habe nämlich Herr Gobis, der polnische Mitarbeiter der Danziger Repräsentanz, die größere Rolle gespielt. Herr Gobis werde dies in Zukunft noch verstärkt tun.

M Gerd Walter trifft die abschließende Feststellung, daß die Fortführung der Schleswig-Holstein-Repräsentanz in Danzig gewährleistet sein werde, und zeigt sich überzeugt, daß auch unter den angestrebten Kostensparaspekten ein voller Erfolg garantiert sein werde.

Der Ausschuß nimmt die Ausführungen des Ministers zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- EXPO 2000, Umdruck 14/1239
- Anfragen aus der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Europaausschusses am 23. Oktober 1997, Umdruck 14/1296
- Präsidentschaft des Councils of the Baltic Sea States, Umdruck 14/1302
- Unterrichtung Interreg II C, Umdruck 14/1306

Informationsmappe des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
"Schleswig-Holstein - Ostseeregion - Europa"

Der Ausschuß nimmt die Umdrucke 14/1239, 14/1296, 14/1302 und 14/1306 sowie die Info-Mappe zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes:

Terminplanung

Dem Terminplan für 1998 wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß der Termin 11.03. entfällt und der Termin 17.06. auf 24.06. verlegt wird.

Die für Donnerstag, den 17.12.1997, vorgesehene Sitzung entfällt. Der Ausschuß einigt sich darauf, als Punkt 1 der Tagesordnung in der Sitzung am 14. Januar 1998 den Antrag der Fraktion der CDU, Bündelung der Europazuständigkeiten in der Landesregierung, Drucksache 14/1062, zu behandeln, da dieser Antrag noch in der Januartagung des Plenums beraten werden soll.

Abg. Dr. Klug bittet um einen Bericht des Europaministers, wie von Seiten des Ministeriums die Situation Polens nach dem Regierungswechsel eingeschätzt wird.

Der Vorsitzende, Abg. Döring, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab
Geschäfts- und Protokollführerin